



HESSISCHER LANDTAG

08. 04. 2026

Kleine Anfrage

Yanki Pürsün (Freie Demokraten) vom 17.02.2026

Reform des Integrationsgesetzes

und

Antwort

Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales

Vorbemerkung Fragesteller:

Mit Drucksache 21/350 fragte die FDP-Fraktion nach der von der Landesregierung angekündigten Revision des Integrations- und Teilhabegesetzes (IntTG) sowie nach der geplanten Einführung konkreter Integrationspflichten. Die Landesregierung erklärte, die Umsetzung des Koalitionsvorhabens – die Revision des IntTG – werde derzeit geprüft, weshalb zum damaligen Zeitpunkt keine weiteren inhaltlichen Angaben gemacht werden könnten; eine Evaluierung des im März 2023 beschlossenen IntTG habe nicht stattgefunden. Als Beispiel für künftig vorgesehene Integrationspflichten nannte die Landesregierung ausdrücklich ein Bekenntnis zum Existenzrecht Israels. Der Koalitionsvertrag der Landesregierung benennt ausdrücklich Erwartungen an Integrationsbereitschaft und ein klares Bekenntnis zu den Werten des Grundgesetzes, zur staatlichen Verantwortung für Migrantinnen und Migranten sowie zur Bekämpfung des Antisemitismus. Das von der Ampel-Koalition beschlossene Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts sieht ein Bekenntnis zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen vor, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, als Einbürgerungsvoraussetzung. Vor diesem Hintergrund besteht ein erhebliches Interesse an Transparenz, Zeitplanung, Evaluationskonzept und rechtssicherer Ausgestaltung der angekündigten Revision des IntTG in Hessen.

Die Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz wie folgt:

Frage 1 Welches Ministerium ist mit der federführenden Zuständigkeit für die Revision des Integrations- und Teilhabegesetzes (IntTG) betraut?

Das Hessische Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales.

Frage 2 Bis zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt die Landesregierung, Eckpunkte für die Revision des Integrations- und Teilhabegesetzes (IntTG) zu veröffentlichen?

Frage 3 Bis zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt die Landesregierung, einen Gesetzentwurf zur Revision des Integrations- und Teilhabegesetzes (IntTG) in den Hessischen Landtag einzubringen?

Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet: Der Gesetzentwurf zur Revision des Integrations- und Teilhabegesetz wird vorgelegt, sobald die diesbezügliche Prüfung und Abstimmung abgeschlossen sind. Die Revision des IntTG soll im Laufe dieser Legislaturperiode umgesetzt werden.

Frage 4 Welche Fragestellungen sind Teil der Evaluation des Integrations- und Teilhabegesetzes (IntTG)?

Es ist zum jetzigen Zeitpunkt keine grundsätzliche Evaluation des Gesetzes geplant.

Frage 5 Welche konkreten Integrationspflichten sollen nach dem aktuellen Arbeitsstand im Integrations- und Teilhabegesetz (IntTG) gesetzlich verankert werden?

Frage 6 Welche Stellen sollen nach Vorstellung der Landesregierung künftig die Einhaltung gesetzlicher Integrationspflichten überwachen beziehungsweise kontrollieren?

Frage 7 Welche Rechtsfolgen sollen nach dem derzeitigen Arbeitsstand bei Verstößen gegen künftige gesetzliche Integrationspflichten vorgesehen werden?

Frage 8 Auf welche verfassungs- und einfachgesetzlichen Grundlagen stützt die Landesregierung die Einführung eines Bekenntnisses zum Existenzrecht des Staates Israel als Integrationspflicht im Landesrecht?

Die Fragen 5 bis 8 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet:

Das Thema Integrationspflichten wird im Rahmen der Umsetzung der Revision des Integrations- und Teilhabegesetzes derzeit weiter geprüft, da hier auch Entwicklungen auf der Bundesebene, etwa die Ankündigung einer verpflichtenden Integrationsvereinbarung, die Rechte und Pflichten definiert, zu berücksichtigen sind. Insgesamt sind bei den genannten Fragestellungen komplexe rechtliche Anforderungen zu berücksichtigen, die entsprechende Zeit beanspruchen.

Frage 9 Welchen Stand hat die Prüfung zur Einrichtung einer Landesausländerbehörde?

Es wird auf die Antwort der Landesregierung zu Frage 6 der Kleinen Anfrage, Drucksache 21/3242, verwiesen.

Wiesbaden, 16. März 2026

Heike Hofmann